

Rentenschock: Politiker überrascht

Politiker sehen in den vom Bund bewilligten Senkungen der Renten eine Rettungsaktion für die Lebensversicherungen. Die Reaktionen: Verständnis, Ärger, Skepsis und Protest.

Von Meinrad Ballmer

Die vom Tages-Anzeiger gestern enthüllten Pläne der beiden Lebensversicherungen «Winterthur» und «Zürich», die im Pensionskassen-Geschäft massiv tiefere Renten auszahlen wollen, sind bestätigt worden. Wirksam wird die Senkung für einen Teil der Versicherten, die ab 2004 in Pension gehen, und nur für jene Altersguthaben, die ausserhalb des gesetzlichen Minimums liegen. Männer erhalten auf Grund der neuen Renten-Berechnungsformel bis 19 Prozent weniger. Den Frauen werden die Leistungen gar um 24 Prozent gekürzt.

«Überlebenskampf der Versicherer»

«Die Kürzungen der künftigen Renten sind drastisch», sagt SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner: «Das ist eine Hilfsaktion für die Not leidenden Versicherungen. Das Bundesamt für Privatversicherungen kommt ihnen sehr weit entgegen. Es ist stossend, dass das hinter verschlossenen Türen geschieht. Die Berechnungsgrundlagen müssen unbedingt auf den Tisch gelegt werden.»

Von der Realität der Finanzmärkte eingeholt werden wir nach Meinung von CVP-Ständerat Bruno Frick: «Die Entwicklung ist bedauerlich, doch die Lebensversicherer befinden sich in einem harten Überlebenskampf.» Verständnis für die Rentenkürzungen äussert auch SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi: «Die Versicherungen sind gezwungen, Massnahmen zu treffen, denn sie müssen dafür sorgen, dass die Renten auch in Zukunft bezahlt werden können. Was mich allerdings immer noch ärgert, ist die Tatsache, dass früher viel Geld in diesem Geschäft verdient worden ist, die Versicherungen aber nicht offen legen mussten, wohin es geflossen ist.» Auch Rudolf Rechsteiner kritisiert: «In den guten Jahren sind fette Dividenden und Manager-Boni bezahlt worden. Jetzt wo das Geschäft schlecht läuft, trifft es die Versicherten.» Für den SP-Nationalrat lautet die zentrale Frage: «Was passiert, wenn es den Versicherungen wieder besser geht, werin die Zinsen wieder steigen? Wer passt dann die Renten wieder nach oben an?»

«Transparenz ist dringend nötig»

In einem sind sich die Politiker einig: Die Versicherungen müssen in Zukunft die Karten offen auf den Tisch legen. Toni Bortoluzzi, dessen Handwerksbetrieb bei der Sammelstiftung einer grossen Lebensversicherung angeschlossen ist, fordert: «Transparenz ist bei den Pensionskassen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber dringend nötig.» Der SVP-Nationalrat verlangt auch den Einsitz der Betroffenen in die Aufsicht der Sammelstiftungen. «Das revidierte Gesetz für die berufliche Vorsorge (BVG) sorgt für die nötige Transparenz

des Pensionskassen-Geschäftes», ist Bruno Frick überzeugt: «Es sollte unbedingt im nächsten Jahr in Kraft treten.» Nach Informationen aus der Bundesverwaltung wird das jedoch nicht möglich sein. Weil die Referendumsfrist erst im Januar abläuft, wird das neue BVG erst Anfang 2005 wirksam. «Das ist schlecht für Versicherungen und Versicherte», kritisiert Rechsteiner.

Dass Frauen in Zukunft bei der Rentenberechnung schlechter gestellt sein werden als Männer, löst Protest und Unverständnis aus. SP-Nationalrätin Christine Goll: «Diesen Entscheid akzeptiere ich nicht. Die Lebenserwartung der Frauen sinkt. Auch das Pensionsalter für Frauen wird auf 65 angehoben. Zudem sind sie bei den Löhnen nach wie vor benachteiligt.» Die Forderung nach einer Gleichbehandlung von Mann und Frau findet auch SVP-

Mann Bortoluzzi vernünftig. CVP-Vertreter Frick dagegen kommentiert: «Die unterschiedlichen Renten für Mann und Frau sind einfach die Konsequenz aus der unterschiedlichen Lebenserwartung.»

Ist fast jeder Versicherte betroffen?

Wie Recherchen des Tages-Anzeigers zeigen, könnte fast jeder Versicherte betroffen sein. Nahezu 100 Prozent ihrer Versicherten verfügten neben obligatorischen auch über überobligatorische Guthaben, erklärt die «Zürich». Die Rentenanstalt gibt den Anteil jener Versicherten, die überobligatorische Altersguthaben besitzen, mit rund 90 Prozent an. Bei den drei grossen Lebensversicherern im Pensionskassen-Geschäft entfallen zwischen 40 und 50 Prozent aller Altersguthaben auf den überobligatorischen Teil.